



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 4. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. August 2022, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD), stellvertretende Vorsitzende

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Patrick Pender (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Grundsteuermodells nach dem sogenannten Flächen-Faktor-Verfahren	4
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 20/32	
Vorlage der Finanzministerin zur Umsetzung der Grundsteuerreform Umdruck 20/49	
2. Versorgungsbericht 2021 für das Land Schleswig-Holstein	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/13	
3. Neuwahl des Mitglieds und des stellvertretenden Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes nach § 10 Absatz 2 der Geschäftsordnung	7
4. Terminplanung 2023	8
5. Information/Kennntnisnahme	9
Umdruck 20/25 - über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal 2022	
Umdruck 20/38 - Verwaltungsvereinbarung Länderverbund Pflege	
Umdrucke 20/39 und 20/53 - Ausgaben im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine	
Umdrucke 20/40 und 20/45 - Abfluss der Coronamittel	
Umdruck 20/42 - Fragen zum Nachtragshaushalt	
Umdruck 20/43 - Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	
Umdruck 20/48 - Verwaltungsvereinbarung Staatsanwälte	
Umdruck 20/54 - HSH	
Umdruck 20/61 - künftige dezentrale Umsatzbesteuerung	
Umdruck 20/70 - neue Abteilung im Finanzministerium	
Umdruck 20/44 - Vergabeverfahren im Netz Ostsee-Alster vertraulicher	
Umdruck 20/47 - Marschbahn	9
6. Verschiedenes	10

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 20/47](#) (Marschbahn) und [Umdruck 20/57](#) (hsh portfoliomanagement AöR) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Grundsteuermodells nach dem sogenannten Flächen-Faktor-Verfahren

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/32](#)

(überwiesen am 30. Juni 2022)

Vorlage der Finanzministerin zur Umsetzung der Grundsteuerreform
[Umdruck 20/49](#)

Finanzministerin Heinold führt in [Umdruck 20/49](#) ein. Die Bodenrichtwerte lägen in den meisten Fällen vor; die Bewertung der Werte sei Aufgabe der kommunalen Gutachterausschüsse und müsse auf kommunaler Ebene diskutiert werden. Sie hätte sich gewünscht, dass das bundesweit geltende ELSTER-Formular verständlicher aufgebaut wäre. Die Ministerin legt Wert darauf, dass mögliche weitere Maßnahmen im Zuge der Umsetzung der Reform in enger Absprache mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung erfolgten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert sie, sie schließe sich der Einschätzung des Bundesfinanzministers an, dass eine Verlängerung der Abgabefrist über den 31. Oktober 2022 hinaus zurzeit nicht angezeigt sei. Diese Frist hätten alle Steuerbürgerinnen und Steuerbürger einzuhalten; gleichwohl habe man kein Interesse daran, die Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. November 2022 „mit Mahnschreiben zu beglücken“.

Sie bietet an, in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen über den Stand in Sachen Transparenzregister zu berichten. Sie gehe fest davon aus, dass die Kommunen zur vereinbarten Aufkommensneutralität stünden. Der Staat könne von seinen Bürgerinnen und Bürgern zu Recht erwarten und ihnen zumuten, dass sie Angaben zu ihrem Eigentum machten; dies müsse nicht zwangsläufig auf digitalem Weg geschehen. Sie vermute, dass Steuerberater bei

der Steuererklärung in dem Maße wie bei anderen Steuererklärungen herangezogen würden; daneben gebe es Unterstützung von Familienmitgliedern, Haus & Grund oder andere Hilfestellungen.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies, Krämer und Waldinger-Thiering sowie von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer antwortet Frau Dr. Dittmann, Leiterin des Projekts zur Umsetzung der Grundsteuerreform in den Bewertungsstellen der Finanzämter des Landes, Feststellungen seien noch nicht verschickt worden; zunächst werde das System getestet; man plane, die Messbescheide zeitgleich mit zu verschicken. Die Quote der Postrückläufer bewege sich im einstelligen Prozentbereich; einige Finanzämter würden das Informationsschreiben noch einmal versenden. Bei Gesamthandsgemeinschaften habe man die Empfangsbevollmächtigten angeschrieben. Von den 20.000 Telefonterminen seien bislang 650 gebucht worden. Das Bundesfinanzministerium habe mitgeteilt, dass Eigentümer mit ELSTER-Zertifikat Ende August 2022 angeschrieben würden und die vereinfachte Grundsteuererklärung für Privateigentümer mit ELSTER-Zertifikat durchlaufen könnten.

Einfache Feststellungen könnten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffen werden, die schwierigen Fälle seien den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern vorbehalten. Die vom Finanzamt organisierten Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien abgeschlossen; jetzt führten die Finanzämter noch Workshops durch, tauschten sich aus und übten die Anwendung der Programme. Schülerinnen, Schüler und Studierende würden nach ihrer Kenntnis vor allen Dingen in Kiel eingesetzt und erledigten überwiegend Telefondienste.

Die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Grundsteuerreform geschaffenen 114 Stellen sollten der Steuerverwaltung grundsätzlich erhalten bleiben, an welcher Stelle, könne man zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Die Abgabe der Grundsteuererklärung sei erforderlich, weil der Finanzverwaltung nicht alle Daten elektronisch gespeichert und zusammengeführt vorlägen (zum Beispiel genaue Wohnfläche, Bodenrichtwerte). Rund 13 % hätten die Grundsteuererklärung bisher abgegeben. Die Messbescheide sollten fortlaufend verschickt werden, und zwar über ELSTER-Transfer.

Auf Antrag der FDP beschließt der Finanzausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 23. August 2022 Anzuhörende zu benennen. Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 20/49](#) zur Kenntnis.

2. **Versorgungsbericht 2021 für das Land Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/13](#)

(überwiesen am 30. Juni 2022 zur abschließenden Beratung)

Abgeordnete Raudies stellt fest, dass der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit deutlich zurückgegangen sei und im Gegenzug der Anteil vorzeitiger Pensionierungen auf Antrag deutlich gestiegen sei.

Nach den Worten von Ministerin Heinold gibt es für diese Entwicklung unterschiedliche Gründe.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet das Finanzministerium, die Entwicklung der Beihilfenausgaben in den nächsten Jahren noch einmal darzustellen (Seite 19 des Berichts).

Der Finanzausschuss bittet die Staatskanzlei, in einer der nächsten Sitzungen über die Arbeit des Betrieblichen Gesundheitsmanagements des Landes zu berichten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 20/13](#) abschließend zur Kenntnis.

3. Neuwahl des Mitglieds und des stellvertretenden Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes nach § 10 Absatz 2 der Geschäftsordnung

Einstimmig wählt der Finanzausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Abgeordneten Oliver Brandt als ordentliches Mitglied im Unterausschuss und den Abgeordneten Lasse Petersdotter als stellvertretendes Mitglied.

4. Terminplanung 2023

Über die Terminplanung 2023 soll in der nächsten Sitzung befunden werden.

5. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/25](#) - über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal 2022

[Umdruck 20/38](#) - Verwaltungsvereinbarung Länderverbund Pflege
[Umdrucke 20/39](#) und [20/53](#) - Ausgaben im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

[Umdrucke 20/40](#) und [20/45](#) - Abfluss der Coronamittel

[Umdruck 20/42](#) - Fragen zum Nachtragshaushalt

[Umdruck 20/43](#) - Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

[Umdruck 20/48](#) - Verwaltungsvereinbarung Staatsanwälte

[Umdruck 20/54](#) - HSH

[Umdruck 20/61](#) - künftige dezentrale Umsatzbesteuerung

[Umdruck 20/70](#) - neue Abteilung im Finanzministerium

[Umdruck 20/44](#) - Vergabeverfahren im Netz Ostsee-Alster
vertraulicher [Umdruck 20/47](#) - Marschbahn

Abgeordneter Petersdotter bittet die Landesregierung, zur Frage der finanziellen Auswirkungen der Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung auf Deutschland und Schleswig-Holstein Stellung zu nehmen ([Umdruck 20/43](#)).

Zu [Umdruck 20/61](#) (künftige dezentrale Umsatzbesteuerung) fragt Abgeordnete Raudies, wann das Finanzministerium eine Evaluierung des Prozesses plane und inwieweit Vorsteuer-schulungen durchgeführt würden.

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium zu erläutern, welche Aufgaben die neue Abteilung des Finanzministeriums „Staatlicher Hochbau und Beteiligungen“ und insbesondere das Grundsatzreferat für den Staatlichen Hochbau wahrnehmen solle ([Umdruck 20/70](#)).

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis (bis auf [Umdruck 20/70](#)).

6. Verschiedenes

- a) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 25. August 2022 statt.
- b) Die diesjährige Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs findet im Anschluss an die Finanzausschusssitzung am 1. Dezember 2022 statt.
- c) Das Finanzministerium bietet allen Abgeordneten und Fraktionsbeschäftigten eine zweitägige Schulung zum Thema „Haushaltswesen des Landes“ an, und zwar am Montag/Dienstag 14./15. November. Interessenten werden gebeten, sich bei Herrn Schmidt anzumelden.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Birgit Herdejürgen
stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer